



GEMEINDE ROTHENBURG

Medienmitteilung

- Zeitungen (Luzerner Zeitung, Luzerner Rundschau, Depeschenagentur)
- Radio und TV (SRF Regionaljournal, Pilatus, Sunshine, Central, Tele 1)
- Homepage (Zustellung an Manuela Lischer für Aufschaltung ab Dienstag, 8. November 2016)
- Parteipräsidien
- Mitglieder der Controlling-Kommission
- Gemeinderat
- Mitarbeitende der Gemeinde Rothenburg

Versand: Dienstag, 8. November 2016, 08.30 Uhr

Gemeindeversammlung vom 29. November 2016

Der Gemeinderat unterbreitet den Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung vom 29. November 2016 den Voranschlag 2017 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 18'000.00. In den nächsten Jahren sind hohe Investitionen geplant, die zwar den Finanzhaushalt prägen, jedoch durch die vorhandenen Vorfinanzierungen und den bevorstehenden Landverkäufen abgedeckt werden. Unter Beibehaltung der bisherigen Ausgabenpolitik ist keine Anpassung des Steuerfusses, der 1.90 Einheiten beträgt, erforderlich.

Finanz- und Aufgabenplan 2017 bis 2021

Ausgehend von einem Nettovermögen und guten Entwicklungsaussichten sowie den bewährten und effizienten Strukturen in allen Gemeindebereichen zeichnet sich ein positives Bild für die mittelfristige Planung ab. Die vom Gemeinderat festgelegte Strategie, mit massvollem Wachstum zusätzlich Steuersubstrat zu generieren und mit dem Verkauf von gemeindeeigenem Land Infrastrukturprojekte zu finanzieren, ist erfolgreich. In den letzten Jahren konnten für die Vorfinanzierung von Infrastrukturprojekten über 12.13 Mio. Franken zurückgestellt werden. Höhere Aufwendungen sind bei der ambulanten Pflegefinanzierung zu erwarten. Auch die Anzahl der unterstützungsbedürftigen Personen wird zunehmen und die Ausgaben für die wirtschaftliche Sozialhilfe werden steigen. Im Bereich Bildung nehmen die Kosten durch das Angebot des zweijährigen Kindergartens und die nötigen Pensenerweiterungen bei den Schuldiensten zu.

Voranschlag 2017

Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2017 weist bei einem Aufwand von Fr. 50'267'700.00 und einem Ertrag von Fr. 50'285'700.00 einen Ertragsüberschuss von Fr. 18'000.00 aus. Die restriktive Ausgabenpolitik wird konsequent weiterverfolgt. Eine Kostensteigerung verzeichnet der Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz (KESB und Berufsbeistandschaft). Die Fallzahlen sowie deren Komplexität nehmen zu. Mit der Einführung des Angebots des zweijährigen Kindergartens sind zwei zusätzliche Klassenzüge notwendig. Stabilisiert haben sich die Pflegekosten im stationären Bereich. Hingegen sind steigende ambulante Pflegekosten (Spitex) zu erwarten. Dafür verantwortlich sind das zunehmende Durchschnittsalter der Bevölkerung und die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen. Zunehmend müssen Personen mit wirtschaftlicher Sozialhilfe unterstützt werden. Dies ist einerseits auf die konjunkturellen Schwankungen und andererseits auf die gesellschaftlichen Veränderungen zurückzuführen. Die Investitionsrechnung 2017 sieht Ausgaben im Umfang von 16.5 Mio. Franken

und Einnahmen von 0.9 Mio. Franken vor, was zu Nettoinvestitionen von 15.7 Mio. Franken führt. Das neue Sekundarschulhaus mit 3-fach Sporthalle beansprucht im 2017 rund 10.0 Mio. Franken des Investitionsbudgets. In den Wärmeverbund der Schulanlagen werden 2.3 Mio. Franken investiert. Die Stationsstrasse wird im Umfang von 1.5 Mio. Franken saniert und Massnahmen zur Verkehrsberuhigung werden umgesetzt. Eine weitere Etappe der Sanierung des Abwassernetzes ist ebenfalls geplant.

Genehmigung der Abrechnung über den Sonderkredit für die Planung des neuen Sekundarschulhauses und der neuen Sporthalle

Die Sonderkreditabrechnung schliesst mit einem Aufwand von Fr. 2'066'992.70 ab und unterschreitet den bewilligten Sonderkredit von Fr. 2'100'000.00 um Fr. 33'007.30.

Beauftragung des Gemeinderats zur Ergreifung des Gemeindereferendums betreffend vier Gesetzesänderungen im Rahmen der Botschaft des Regierungsrates "Konsolidierungspaket 2017 (KP17)"

Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Massnahmen verschieben zunehmend Kosten vom Kanton zu den Gemeinden oder kürzen Beiträge zu Lasten der Gemeinden. Der Regierungsrat schlägt unter anderem vor, für Rothenburg die Beiträge an die Ergänzungsleistungen um Fr. 554'000.00 zu erhöhen, die Beiträge an den ÖV und Strassenunterhalt um Fr. 196'000.00 zu reduzieren, den Kantonsbeitrag an die Musikschule um Fr. 30'000.00 zu reduzieren sowie die Entschädigung von Fr. 31'000.00 für das Steuerinkasso aufzuheben. Zusammen mit den entlastenden Massnahmen verzeichnet Rothenburg während der nächsten Jahre eine durchschnittliche Mehrbelastung von Fr. 620'000.00. Einige dieser Massnahmen missachten jedoch die Aufgabenteilung bzw. die Äquivalenz zwischen Kanton und Gemeinden. Auf Basis des Beschlusses des Verbandes Luzerner Gemeinden (VLG) vom 19. Oktober 2016 ersucht der Gemeinderat deshalb die Stimmenden um Beauftragung zur Ergreifung des Gemeindereferendums betreffend vier Gesetzesänderungen im Rahmen der Botschaft des Regierungsrates "Konsolidierungspaket 2017 (KP17)", sollten diese durch den Kantonsrat genehmigt werden.

Für Rückfragen:



Amédéo Wermelinger

Gemeinderat Ressort Zentrale Dienste

Tel. 079 506 46 29

Rückfragen am Dienstag, 8. November 2016, 09.00 bis 12.00 Uhr

Zitat Amédéo Wermelinger, Gemeinderat: "Die Gemeinde Rothenburg hat ihren Finanzhaushalt unter Kontrolle und präsentiert einen ausgeglichenen Voranschlag 2017. Eine ungerechtfertigte Verschiebung der Kosten vom Kanton auf die Gemeinden, welche unsere Finanzen aus dem Lot bringt, akzeptieren wir jedoch nicht."